Anlage 1

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes in der Stadt Hennigsdorf

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf

a) ruft den Klimanotstand für die Stadt Hennigsdorf aus und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für die Kommune Hennigsdorf ist.

b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, überwiegend positiv“, „Ja, überwiegend negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja“ beantwortet, wird die jeweilige Auswirkung kurz begründet.

d) fordert den Bürgermeister auf, der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit jährlich über die Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der CO₂-Emissionen in Hennigsdorf und in den städtischen Betrieben Bericht zu erstatten. Ersatzweise kann mit der Berichterstattung das Klimakompetenzzentrum der Stadt Hennigsdorf betraut werden.

e) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik verbunden mit einer klimaschutzkonformen Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie eine klimaschutzkonforme Agrarpolitik würden hier das dringend benötigte Fundament legen.